



»Zweck der Stiftung ist es, durch Wissenschaft und Bildung einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.«

Paragraph 2, Absatz 1 der Satzung der Stiftung

## Standpunkt

Von Professorin Dr. Annette Elisabeth Töller

### Demokratie und Parteipolitik

Noch nie erschien es so schwierig, nach einer Bundestagswahl und angesichts der Resultate der Bundestagswahl eine neue Regierung zu bilden. Die aktuellen und bereits zurückliegenden Versuche zur Regierungsbildung werfen grundsätzliche Fragen zum Zusammenhang von Demokratie und Parteipolitik auf. Der Vorwurf, man richte sich in inhaltlichen Fragen „nur“ nach der Parteilinie, gehört zur landläufigen Kritik am politischen (Regierungs-) Personal, ebenso wie der gegenteilige Vorwurf, dieses habe Wahlversprechen nicht gehalten. Mit der Frage, ob bzw. in welchem Ausmaß die Parteilinie die tatsächlich verfolgten Politiken bestimmt, befasst sich innerhalb der Politikwissenschaft die Politikfeldanalyse. Die Grundannahmen der sogenannten *Parteiendifferenztheorie* sind, dass politische Parteien sich in ihren Positionen zu bestimmten Sachfragen, etwa in der Sozial-, Schul- oder Umweltpolitik deutlich unterscheiden, zum einen, weil sie bestimmte ideologische Wurzeln haben, zum anderen, weil sie mit ihren (Wahl-) Programmen bestimmte Wählerinnen und Wähler erreichen möchten, und dass sie, wenn sie nach der Wahl an der Regierung beteiligt sind, diese Positionen auch in politische Maßnahmen umsetzen, es also nach Regierungswechseln auch zu Veränderungen in der materiellen Politik kommt. Ein wichtiges Hindernis für eine 1:1-Umsetzung von Wahlprogrammen in tatsächliche Politik ist in Deutschland allerdings die durch das Parteien- und das Wahlsystem bedingte Notwendigkeit von Koalitionsregierungen. Daher stellen Koalitionsverträge Kompromisse zwischen den Wahlprogrammen der an der Regierung beteiligten Parteien dar und sind zugleich die Handlungsgrundlage der Regierungen. Aus den hier festgelegten Kompromissen lässt sich auch ablesen, welcher Partei welches Thema (und die damit verbundene Adressatengruppe) besonders wichtig ist (etwa in der letzten Wahlperiode die von der SPD favorisierte „Rente mit 63“ und die von der CDU/CSU vorangetriebene „Mütterrente“). Gebernst wird die exakte Umsetzung solcher Projekte immer in gewissem Maße durch die Intervention organisierter Interessen, durch die Maßnahmen häufig verwässert oder auch im Einzelfall verhindert werden, man denke an die Reform des Erneuerbare Energien-Gesetzes oder die effektive CO<sub>2</sub>-Minde- rung in der vergangenen Wahlperiode, oder durch die Vorgaben der europäischen Politik.

In der Politikfeldanalyse ist umstritten, ob etwa von linken Parteien generell eine großzügige Sozialpolitik, von grünen Parteien immer eine strengere Umweltpolitik und von rechten Parteien grundsätzlich eine konservative Familienpolitik zu erwarten ist (Wenzelburger 2015). Kommt es aber unter einer konservativen Regierung zu besonders „progressiven“ Politiken (wie dem finalen Atomausstieg unter der schwarz-gelben Regierung 2011), oder unter einer linken Regierung zu einem Rückbau von Wohlfahrtsleistungen (wie bei den sogenannten Hartz-Reformen 2003-2005 unter der rot-grünen Regierung) – also zum gegenteiligen dessen, was man von den jeweiligen Parteien erwarten würde –, dann bezeichnet man dies als „Nixon goes to China“-Phänomen: Nur der konservative Richard Nixon konnte 1972 nach China reisen, nur Angela Merkel konnte den Atomausstieg relativ kompromisslos umsetzen, und nur ein sozialdemokratischer Kanzler Gerhard Schröder konnte einen solch gravierenden Einschnitt in das System der sozialen Sicherung vornehmen.

Sicher ist, dass sich die inhaltlichen Positionen in den Wahlprogramme der Parteien im Großen und Ganzen unterscheiden (im Gegensatz zur These, die Positionen der „Allerweltparteien“ näherten sich an) und dass diese Positionen für Regierungsparteien tatsächlich in hohem Maße handlungsleitend sind – wie das Manifesto-Projekt am Wissenschaftszentrum Berlin auf der Basis systematisch vergleichender Analysen einer großen Anzahl von Wahlprogrammen herausgefunden hat (Merz & Regel 2017). Der Koalitionsvertrag der letzten Regierung von 2013 etwa fiel recht detailliert und umfangreich aus. In der Gesundheitspolitik beispielsweise hielt man sich eng an dessen Vorgaben (Beerheide 2017), in der Umweltpolitik war dies weniger der Fall (Töller 2017).

Eine enge Orientierung der Regierung an den Wahlprogrammen und Koalitionsverträgen kann in der öffentlichen Wahrnehmung, wie eingangs erwähnt, zu deutlicher Kritik führen, wenn z. B. auf Ebene der Länder nach jedem Regierungswechsel wieder eine neue Schulreform auf den Weg gebracht wird. Tatsächlich ist der Umstand, dass sich die Programme unterscheiden und diese Unterschiede von den gewählten Regierungsmehrheiten auch im Großen und Ganzen in materielle Politiken umgesetzt werden, aber elementar für die Demokratie. Denn warum sollte man überhaupt zur Wahl gehen, wenn man mit dem Kreuz bei der einen oder anderen Partei (und den entsprechenden Direktkandidatinnen und -kandidaten) nicht zumindest auch ganz grob bestimmte Gestaltungsaufträge verbinden würde? Und was sollten wir von den Parteien halten, wenn sie nichts von dem umsetzen, was sie in den Wahlprogrammen in Aussicht gestellt haben? Partei- und Wahlprogramme sind inhaltliche Gestaltungskonzepte, die eben eher konservativ, liberal oder „links“ ausfallen und die uns als Wählerinnen und Wähler von der Notwendigkeit befreien, zu jeder Sachfrage eine ausgefeilte und gut begründete Position zu haben.

Eine grobe Annahme, was bei dem Kompromiss zwischen Wahlprogrammen, dem Koalitionsvertrag herauskommt, lässt sich bei „linken“ (rot-grün) und „rechten“ Koalitionen (schwarz-gelb) leichter treffen, als bei Großen Koalitionen oder gar bei bislang auf Bundesebene unüblichen Koalitionen, wie es eine Jamaika-Koalition gewesen wäre. Noch ist ebenso offen, ob es zu einer Neuauflage der Großen Koalition kommen wird (die mit gut 56 % der Sitze gar nicht mehr so groß wäre), wie es offen ist, was in einem möglichen Koalitionsvertrag stehen könnte. Eines ist hingegen sicher: Sollte ein solcher Koalitionsvertrag zustande kommen, dann ist er ernst zu nehmen. Was in ihm als gemeinsame Ziele festgeschrieben wird, das wird jedenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten vier Jahren auch umgesetzt, und das ist auch richtig so – egal wie man zu diesem Programm inhaltlich im Einzelnen stehen mag!

#### Referenzen

**Beerheide**, Rebecca (2017): Gesundheitspolitik 2013-2017: Vier Jahre, 25 Gesetze, in: Deutsches Ärzteblatt 114: 33-34. <https://www.aerzteblatt.de/archiv/192990/Gesundheitspolitik-2013-2017-Vier-Jahre-25-Gesetze> [zuletzt abgerufen 6. November 2017].  
**Dunz**, Kristina (2017): „Klimapolitik wird schwieriger als Migration“ – Interview mit Armin Laschet zu Klima und Zuwanderung, in: General-Anzeiger, 26. Oktober. <http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/nrw/Interview-mit-Armin-Laschet-zu-Klima-und-Zuwanderung-article3685524.html> [zuletzt abgerufen 6. November 2017].  
**Merz**, Nicolas/Regel, Sven (2017): Wahlprogramme sind besser als ihr Ruf, in: WZB Democracy Blog, 31. Juli. <https://democracy.blog.wzb.eu/2017/07/31/wahlprogramme-besser-als-ihr-ruf/> [zuletzt abgerufen 6. November 2017].  
**Töller**, Annette Elisabeth (2017): Die Energie- und Umweltpolitik der dritten Regierung Merkel, in: Saalfeld, Thomas/ Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): Die Bilanz der dritten Regierung Merkel. Wiesbaden, i.E.  
**Wenzelburger**, Georg (2015): Parteien, in: Wenzelburger, Georg/ Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): Handbuch Policy-Forschung. Wiesbaden, 81-112.

## Was war?

### Demokratie Diskutiert 2017

Am 24. April fand die Veranstaltung „Demokratie Diskutiert“ unter dem Titel „Mehr direkte Demokratie wagen?“ statt. Diskutanten waren Prof. Dr. Annette Töller, Professorin für Politikwissenschaften an der Fern-Universität Hagen, und Alexander Trennheuser, Landesgeschäftsführer von „Mehr Demokratie e.V.“ NRW. Die Veranstaltung fand, wie gewohnt, unter der Vorgabe statt, dass jeder Redner ca. 15 Minuten Zeit hat, seine Position zu dem Thema darzulegen. Daraufhin hat jede Partei die Möglichkeit, fünf Minuten zu dem „gegnerischen“ Vortrag Stellung zu nehmen. Sodann findet eine offene Fragerunde für das Publikum statt, an dessen Ende das Publikum abstimmt, welche der beiden Meinungen es für vorzuzugwürdig erachtet. Die Veranstaltung war bestens besucht und es wurde sehr lebhaft diskutiert. Am Ende stimmte das Publikum mehrheitlich für die von Herrn Trennheuser vertretene Position, direkt-demokratische Entscheidungsmechanismen in größerem Maße einzusetzen.

### Demokratie Camp 2017

Im vergangenen Sommer fand das Demokratie-Camp 2017 an der Universität zu Köln unter dem Titel „Deutschland und die Türkei – Zukunft einer Partnerschaft?“ in Kooperation mit der Partneruniversität in Istanbul statt. An dem Camp nahmen insgesamt 18 Studierende aus Köln und Istanbul teil.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen erarbeiteten in Zweier- und Dreiergruppen ihre Rollen – z.B. Abgeordnete/r des deutschen Bundestages, Generalkonsul/in, Islam-Wissenschaftler/in. Die Abschlusspräsentation bildete eine simulierte Rollendiskussion in Form einer Talkshow, wobei ein Vertreter pro Gruppe sich auf dem Podium den Fragen der Moderatoren und des Publikums stellte. Inhaltlich inspiriert wurden die Teilnehmer durch mehrere Fachvorträge und das bunte Rahmenprogramm des diesjährigen Camps.

Zum Einstieg in die Woche sahen die Studierenden einen Dokumentarfilm und hatten anschließend die Möglichkeit, mit der Regisseurin des Films, Frau Jutta Pinzler, zu diskutieren.

Referenten waren unter anderem Dr. Burak Copur, Politikwissenschaftler an der Universität Duisburg-Essen, der einen Vortrag zu dem Thema „deutsch-türkische Beziehungen unter Merkel und Erdogan: eine kritische Bilanz“ hielt. Prof. Dr. Klaus Hänsch, Präsident des Europäischen Parlaments a.D., steuerte mit seinem Beitrag „Die Türkei: Mit oder in Europa“ zu dem diesjährigen Programm bei. Weitere Referenten waren Riza Dinc zu dem Thema „Die aktuelle Verfassungsänderung in der Türkei im Vergleich zum bisherigen System unter dem Aspekt von Rechtsstaat und Demokratie“ und Dr. Timo Güzelmansur, Geschäftsführer von CIBEDO, über „Christen in der Türkei und Muslime in Deutschland – Aktuelle Entwicklungen und Perspektiven“.

Zum Rahmenprogramm des Camps gehörte auch ein Besuch im türkischen Konsulat in Hürth, bei dem die Teilnehmer und Teilnehmerinnen die Möglichkeit hatten, den Generalkonsul, Herrn Hüseyin Emre Engin, kennenzulernen.



### Tagung zum Thema „Macht und Ohnmacht in der Demokratie“

Im Juli 2017 veranstaltete die Demokratie-Stiftung gemeinsam mit der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste eine Tagung zum Thema „Macht und Ohnmacht in der Demokratie“. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde kritisch Bilanz gezogen, wie Demokratie tatsächlich in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert. Nach einer Begrüßung durch den Präsidenten der Akademie, Prof. Dr. Wolfgang Löwer, und den Kanzler der Universität zu Köln, Dr. Michael Stückradt, wurde in drei Vorträgen zu dieser Frage unter unterschiedlichen Blickwinkeln Stellung genommen.

Der erste Vortrag von Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor des Zentrums für Verfassungs- und Demokratie-Forschung an der TU Dresden, stand unter dem Titel „Wenn das Volk gegen die Demokratie aufsteht. Der Populismus und die Krise der Demokratie“. Danach trug Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen, zum Thema „Demokratie-Ergebnisse: Wählen und Regieren in der Aufregungsdemokratie“ vor. Den Abschluss fand das Vortragstrio durch Prof. Dr. Udo Di Fabio, Professor für öffentliches Recht an der Universität Bonn, unter dem Titel „Demokratien unter Druck: Normativität und Faktizität eines Wirtschaftssystems“.

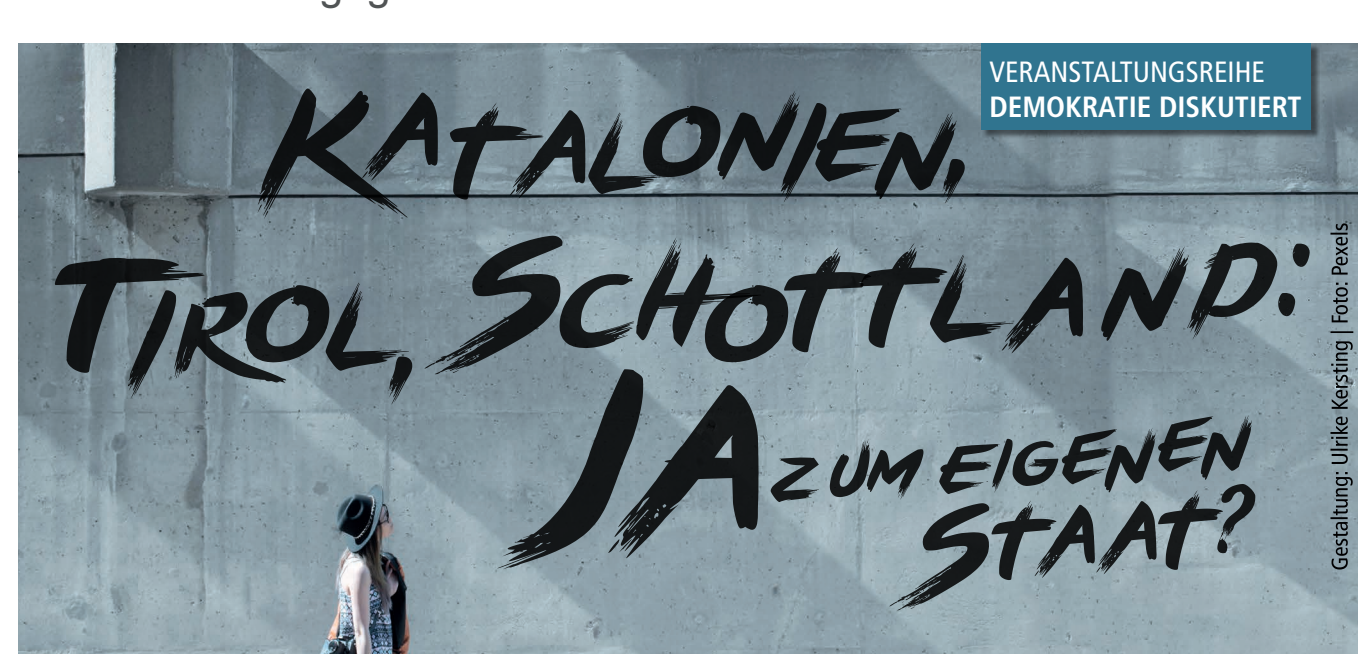
In der anschließenden Podiumsdiskussion, die von Prof. Dr. Bernhard Kempen, Professor für öffentliches Recht an der Universität zu Köln, geleitet wurde, stellten sich die Referenten kritischen Fragen des Moderators und des Publikums.

## Was wird?

### Demokratie Diskutiert 2018

Unter dem Titel „Katalonien, Tirol, Schottland: Ja zum eigenen Staat?“ findet am 03. Mai 2018 die nächste Auflage der Veranstaltungsreihe Demokratie-Diskutiert statt.

Die Veranstaltung beginnt um 18.00 Uhr. Orts- und Zeitangaben werden zeitnah bekanntgegeben.



### Stiftungspreis 2016/17

Der Stiftungspreis wird im nächsten Jahr für die Jahre 2016 und 2017 gemeinsam ausgeschrieben. Die Bewerbungsfrist wird vom 01.03.2018 bis zum 30.06.2018 laufen und aus der Kategorie der Qualifikationsarbeiten werden solche Arbeiten berücksichtigt, die in 2016 oder 2017 in einem Verlag veröffentlicht wurden.

Die Verleihung wird Ende des Jahres 2018 stattfinden.

### Symposium 2018

Auch im Jahr 2018 wird voraussichtlich wieder eine gemeinsame Veranstaltung der Demokratie-Stiftung und der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste stattfinden. Angedacht ist, die Veranstaltung auf die demokratische Struktur der Europäischen Union auszurichten.



## Wer wir sind und was wir wollen?

Die Demokratiestiftung der Universität zu Köln ist eine nichtrechtsfähige Stiftung mit Sitz in Köln. Träger der Stiftung ist die Universität zu Köln als selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.

Als wissenschaftliche Grundlage dient das von Ihr entwickelte Stiftungskonzept, das im Einzelnen auf der Homepage unter [www.demokratie-stiftung-koeln.de/stiftung/stiftungskonzept/](http://www.demokratie-stiftung-koeln.de/stiftung/stiftungskonzept/) einzusehen ist.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die Demokratie-Stiftung zum Ziel, die Idee der Demokratie in einem globalen Kontext zu fördern. Sie tut dies, indem sie mit verschiedenen Projekten vor allem Wissenschaft und Bildung unterstützt. Ziel ist eine verstärkte Information und Kommunikation über die mit der Demokratie als politischer Organisationsform verbundenen Chancen und Herausforderungen.

Die Universität zu Köln finden Sie auch hier:



#### Impressum:

Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln | Albertus-Magnus-Platz | 50923 Köln

Tel.: 0221-470-5644 | E-Mail: [demokratie-stiftung@uni-koeln.de](mailto:demokratie-stiftung@uni-koeln.de) | Internet: <http://www.demokratie-stiftung-koeln.de>

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Bernhard Kempen

Gestaltung: Ulrike Kersting | Abteilung Marketing | Universität zu Köln